

rie. Rund 20 Prozent ihrer Quarz-Kuckuckuhren exportieren die Japaner in arabische Staaten, und das ärgert die Schwarzwälder ganz besonders. Immer wieder zeigen Scheichs mit ihrem Frauen- und Kinderclan, die in Sanatorien und Kurhotels des Schwarzwalds absteigen, besondere Freude an Kuckuckuhren.

Wahrscheinlich würden sie jede Menge zu jedem Preis kaufen, wäre da nicht ein produktionstechnisches Hemmnis: In den Wüstenregionen gerät alsbald buchstäblich Sand ins Getriebe, und das halten die Kuckuckuhren nicht aus – die Klappe überm Ziffernblatt bleibt zu, der Vogel im Kasten. Masberg: „Da sind wir noch machtlos.“

ATOMKRAFT

Löchrig wie Käse

Das Kernkraftwerk Neckarwestheim, das als vorerst letztes demnächst ans Netz gehen soll, steht auf schwankendem Grund.

Stumm saß der sonst so beredte Ministerpräsident Lothar Späth auf der Regierungsbank im Stuttgarter Landtag, als die Abgeordneten drei Stunden lang über das letzte Kernkraftwerk dieses Jahrhunderts in der Bundesrepublik debattierten. Der Christdemokrat hatte seiner Fraktion zuvor Weisung erteilt, alle Gegenanträge abzuschmettern.

Auftragsgemäß schwindelte zum Beispiel der CDU-Parlamentarier Dieter Rempfel, das Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim (GKN), das am Rande des Ballungsgebiets Stuttgart

liegt, sei „unbestritten“ eines der sichersten der Welt. Und gegen die Stimmen von SPD, FDP und Grünen beschloß die CDU mit ihrer absoluten Mehrheit Ende September, der Block II, der noch dieses Jahr mit 1300 Megawatt ans Netz gehen soll, sei „sicherheitstechnisch verantwortlich, ökologisch vorteilhaft und energiepolitisch gerechtfertigt“.

Doch nach Ansicht von Wissenschaftlern, Politikern und Bürgerinitiativen ist der GKN-Block II, dessen Bau fünf Milliarden Mark kostet, weder sicher noch dringend erforderlich:

- ▷ Mehr als jedes andere deutsche Kernkraftwerk ist Neckarwestheim, wie bis vor kurzem in der Öffentlichkeit unbekannte Gutachten offenbaren, gefährdet – der Reaktor steht auf instabilem Grund.
- ▷ Die Entsorgung des Meilers ist langfristig überhaupt nicht und die Kühlung nur ungenügend möglich – nachdem die Umleitung von Schwarzwald-Trinkwasser in den Neckar (SPIEGEL 37/1988) Anfang Oktober am Widerstand einiger Gemeinden scheiterte.
- ▷ Der Block II ist energiepolitisch überflüssig – der angeblich wachsende Strombedarf könnte durch Zukauf von billiger französischer Atomenergie und mit Mehrleistungen der modernen Kohle- und Ölkraftwerke am Neckar gedeckt werden.

Allein für Kühlung, Entsorgung und Nachbesserung, rechnete der SPD-Abgeordnete Claus Weyrosta vor, müßten in den nächsten Jahren zehn Milliarden Mark ausgegeben werden. Nach Ansicht seines Fraktionskollegen Dieter Stoltz wird sich durch den Block II „das Gefährdungspotential für die Bevölkerung

im Mittleren Neckarraum nicht nur verdoppeln, sondern vervielfachen“. Und der SPD-Fraktionsvorsitzende Dieter Spöri, im nahen Heilbronn zu Hause, argumentierte, ein Ballungsgebiet mit zwei bis drei Millionen Menschen könne im Fall des größten anzunehmenden Unfalls nicht evakuiert werden.

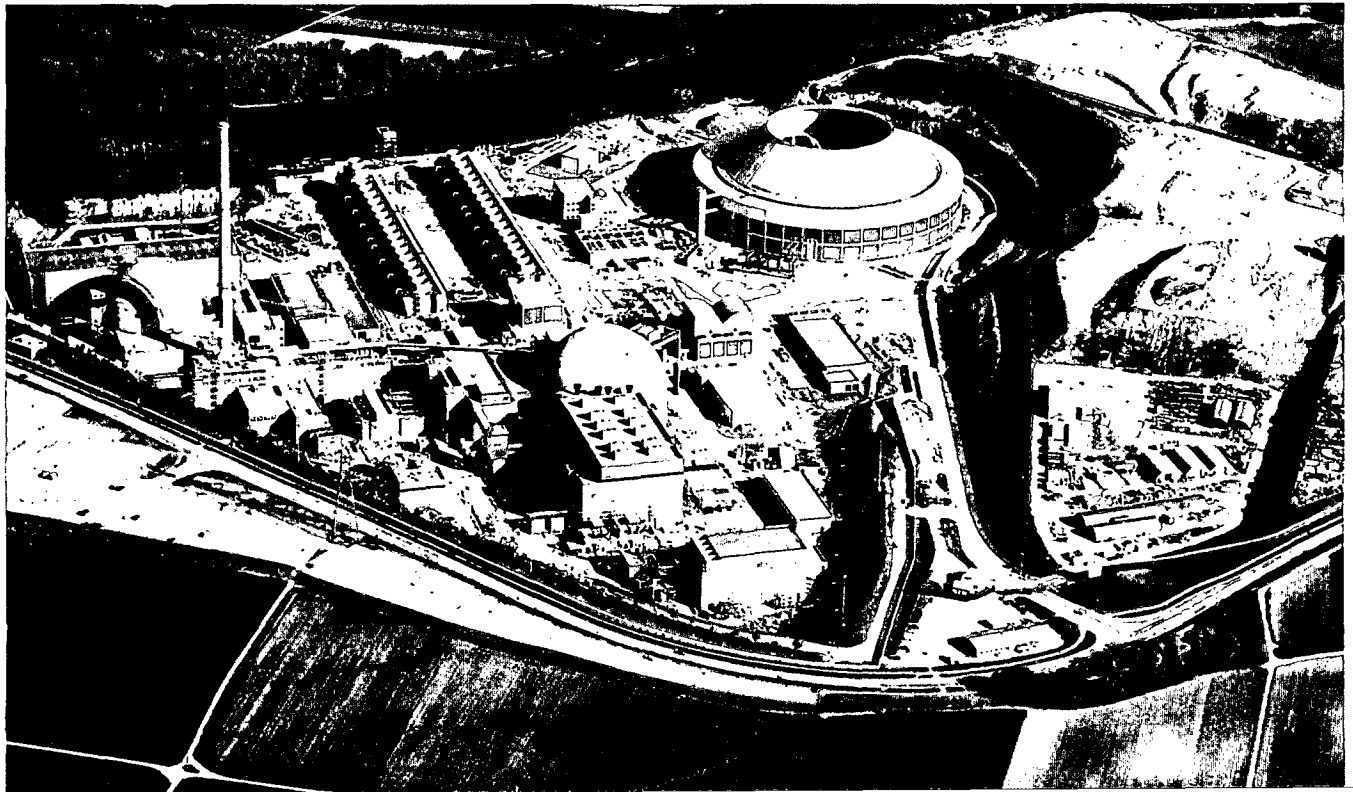
Der grüne Parlamentarier Michael Jacobi warf der Landesregierung vor, sie spiele „russisches Roulett“. Der Untergrund des Meilers, so das Urteil der Grünen, sei „so löchrig wie Schweizer Käse“.

Doch CDU-Wirtschaftsminister Martin Herzog tat den Protest kurzerhand ab: „Es ist ein Kinderspiel, durch Aufgreifen kleinster Detailfragen großes Aufsehen zu erregen.“ Er verschwieg, daß es schon 1977, als die ersten Gutachten für den Bau des zweiten Blocks in Neckarwestheim eingeholt worden waren, schwere Bedenken gab. So hatten der promovierte Stuttgarter Diplom-Geologe Hermann Behmel und zwei Kollegen den Standort als „denkbar ungünstigsten“ bezeichnet, „von der Tektonik, vom Gestein und vom Grundwasser her“ (Behmel).

Dem Stuttgarter Wirtschaftsministerium, Auftraggeber der Geologen, paßte die Warnung nicht ins Konzept. In einer lautstarken Auseinandersetzung mit Fachbeamten sollte das Gutachter-Trio zu Streichungen und Änderungen bewegt werden. Aber die zweite Fassung der Expertise, vorgelegt im Februar 1978, war in wesentlichen Punkten mit der ersten Vorlage identisch.

Daraufhin wurde der Druck des Gutachtens gestoppt, die wenigen Handexemplare kamen unter Verschuß, im offiziellen Gutachterkatalog für den Block II tauchte der Text nicht

Kernkraftwerk Neckarwestheim: „Hohlräume und Erdfälle im Untergrund“



auf. Späth selber bestritt auf einer Bürgerversammlung in Neckarwestheim, daß der kritische Befund überhaupt existiere.

Danach brachte Geologe Behmel seine Warnungen selber unter die Leute, so zum Beispiel bei einer Anhörung im Landtag und während einer Podiumsdiskussion an der Universität Stuttgart. Unbestritten ist danach, daß das Gestein unter dem Meiler nicht besonders tragfähig ist. Mittlerer Muschelkalk wechselt mit Anhydrit- und Gipsschichten, die laut Behmel „dazu neigen, Wasser aufzunehmen und zu quellen“. Die daraus entstandenen Gipse und Gips-schichten könnten „auslaugen“, Hohl-raumbildung und „Verstürzen“ seien möglich.

Behmel („Ich bin kein Kernkraftge-ner“) verteidigte seine „Kritik an der Standortbestimmung“ jüngst noch in einem mehrseitigen Memorandum. „Mit Sicherheit“ bestehe eine „langfristige Gefährdung, auch dann, wenn der nukleare Teil von GKN II separat be-herrschbar ist“.

Im weichen Untergrund am Neckar, folgert Behmel, könnten „kleine Höhlen entstehen, überbrückbare Hohlräume, aber Hohlräume, die im Erdbebenfall kollabieren könnten“ – eine ernst zu nehmende Warnung. Südwürtemberg, wo sich im „Zollerngraben“ immer wieder Krustenblöcke in der Erde verschieben, wird häufig von Erdbeben heimgesucht. So stürzten 1978 in Hechingen und Albstadt nach Erdstößen bis zur Stärke 7,5 Dachstühle und Mauern von Wohnhäusern ein, die Burg Hohenzollern wurde schwer beschädigt, 60 Gebäude mußten abgerissen werden. Gesamtschaden: rund 100 Millionen Mark. Und die Erdbewegungen verlagern sich immer weiter nach Norden, auch in Stuttgart haben Geologen schon leichte Erdbeben registriert.

Ein solches Beben wäre für das Atomkraftwerk Neckarwestheim fatal. „Wenn sich der Untergrund bewegt“, so Behmel, „verändert sich die Lage der Gebäudeteile zueinander, und es gibt eine Scherbewegung auf die Gründungskonstruktion der einzelnen Gebäudeteile.“

Auch der Leitende Ministerialrat Dieter Blickle vom Kernenergie-Referat des Stuttgarter Wirtschaftsministeriums mag nicht ausschließen, „daß sich über die Zeit“ unter dem Meiler gefährliche Hohlräume bilden. Der Präsident des Geologischen Landesamts Baden-Württemberg in Freiburg, Professor Bernhard Damm, hält Erdverschiebungen unter einem so großen Bauwerk „nicht für gravierend“. Vorsorglich sei der Block II mit einer acht Meter dicken „Pufferschicht“ aus Beton unterfüttert worden.

Direkt unter dem Maschinenhaus des Kraftwerks aber, wissen die Geologen, verlaufen mehrere gefährliche Linien: Dort stoßen Erdplatten, die auf der

flüssigen Magmaschicht schwimmen, aneinander. Von Erschütterungen, ausgelöst durch Reibung der riesigen Gesteinsschollen, wären vor allem das Notstromaggregat sowie die Bauten der Hilfs- und Schaltanlagen betroffen.

„Wir wissen nicht einmal, ob diese Plattenverschiebungen überhaupt noch tätig sind“, räumte Damm denn auch ein, „und wann sie tätig sind oder aufleben sollten; es weiß auch niemand, ob es da Ruhepausen gibt und ob diese Verschiebungen irgendwann mal wieder in Bewegung geraten.“

Nach diesen Eingeständnissen forderte die SPD-Fraktion eine Anhörung der Geologen Damm und Behmel. Damm sagte zu, sein vorgesetzter Minister Herzog jedoch verbot ihm die Teilnahme, Begründung: Es habe keinen Sinn, daß

ein Sanierungsprogramm beschlossen. Hohlräume unter dem Wehr werden nun mit Zement verpreßt, die Schleuse selbst muß mit Beton unterfüttert werden, „damit sie wieder in allen Teilen auf festen Füßen steht“, so die Behörde.

Herzog ignoriert auch diese Alarmmeldungen: Die „hydrogeologischen Verhältnisse“ bei Hessigheim und Neckarwestheim, so der Minister, seien nicht vergleichbar – das wiederum bestreiten Behmel und Kollegen. Regierungssprecher Manfred Zach: „Die Landesregierung hat keinen Anlaß, an der Standortsicherheit von GKN II zu zweifeln“, das Kernkraftwerk werde „wie vorgesehen“ anlaufen.

Das ist noch keineswegs sicher. Die SPD-Fraktion hat von der Regierung einen Bericht für den Landtag gefordert.



Neckarwestheim-Gutachter Behmel: „Langfristige Gefährdung“

sich „Landesbeamte zu diesem Sachverhalt äußern sollen“.

Die Landesregierung, längst in der Defensive, beruft sich auf den Karlsruher Universitätsprofessor Gerd Gudehus, der mit der Untersuchung des Baugrunds und der Standsicherheit des Atommeilers beauftragt war. Gudehus sieht nach wie vor „keine Gefahr“ und glaubt „ausschließen zu können“, daß Hohlräume im Untergrund am Neckar entstehen können.

Kaum war die beruhigende Botschaft verkündet, mußte sich das Ministerium auch schon widerlegen lassen – von der Natur. Unter der Neckarschleuse von Hessigheim, nur fünf Kilometer vom Neckarwestheimer Block II entfernt, waren vom Stuttgarter Wasser- und Schifffahrtsamt „Bodensetzungen“ und „Erdfälle“, in sich zusammenstürzende Hohlräume, entdeckt worden. Eilends wurde

Zudem müßten die widersprüchlichen Befunde erläutert werden und die Staatsbediensteten Damm und Gudehus für eine Befragung im Wirtschaftsausschuß des Parlaments Aussagegenehmigungen bekommen. Die CDU setzt auf Verzögerung. Mit ihrer Mehrheit lehnte sie es ab, den SPD-Antrag dringlich zu behandeln. Der steht nun frühestens Ende November zur Debatte.

Die Bürgerinitiative „Strom ohne Atom“, die Stadt Heilbronn sowie der Regionalverband Franken, Arbeits- und Planungsgemeinschaft von Gemeinden und Kreisen, wollen die Betriebserlaubnis für das GKN II, die „gegen den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis und ohne Klärung des Kühlungsproblems“ erteilt worden sei, vor dem Verwaltungsgericht anfechten. SPD-Fraktionschef Spöri: „Der Verzicht auf das Kernkraftwerk scheint zwingend erforderlich.“